

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/116

22. Juni 1976

Zwang zur Reform und zum Kompromiß

Anmerkungen zum Ergebnis der italienischen Wahlen

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 39 Zeilen

Eine Frau der aktiven Politik

Zum 75. Geburtstag von Luise Albertz

Von Elfriede Eilers MdB

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Frauen in der SPD und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 2 / 24 Zeilen

Mehr Leistung für den Bürger

Seit 1969 beachtliche Verbesserungen im öffentlichen
Dienst

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 3 bis 5 / 95 Zeilen

Ein Beitrag zur Lebensqualität

Die erfolgreiche Sportförderung wird fortentwickelt

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirates beim Vorstand der SPD

Seite 6 und 7 / 55 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Hans Koschnick schreibt dem Präsidenten des ZK der
Deutschen Katholiken

Seite 8 und 9 / 69 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telex: 08 88 846 - 46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Zwang zur Reform und zum Kompromiß

Anmerkungen zum Ergebnis der italienischen Wahlen

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und
außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Mehrheitspositionen für eine neue Regierungsbildung in Italien haben sich durch den Ausgang der Wahl nicht verändert. Die Kommunisten sind zwar wesentlich gestärkt aus der Wahl hervorgegangen, die Fähigkeit zur Mehrheitsbildung haben sie jedoch nur mit den Christdemokraten. Die DC aber hat ihre Wähler mit dem Versprechen mobilisiert, nicht mit den Kommunisten koalieren zu wollen. Insofern ist im Hinblick auf die Fähigkeit zur Regierungsbildung keine Änderung eingetreten.

Daraus zu schließen, daß sich in Italien nichts verändert habe, wäre eine Selbsttäuschung. Die Wähler haben einen Prozeß der Zwei-Parteien-Polarisierung eingeleitet. Er droht, an den Sozialisten, die ihn mit den erzwungenen Wahlen ausgelöst haben, vorbeizugehen. Insofern werden die italienischen Sozialisten überprüfen müssen, ob ihre Strategie richtig ist.

Die Bereitschaft zur Überprüfung wird vom Verhalten der Christdemokraten abhängen. Der in Italien einsetzende Prozeß des Aufsaugens der kleinen Parteien wird die Christdemokraten nur dann stärken, wenn sie sich zu dem entschließen würden, was sie seit 30 Jahren veräümt haben, das heißt, der Zwang zur tiefgreifenden gesellschaftlichen Reform Italiens ist das unauweichebare Ergebnis der Wahl. Ist die DC dazu nicht bereit oder wird sie gelähmt durch die von rechts aufgesogenen Kräfte, so wird die DC spätestens bei der nächsten Wahl in die Opposition verwiesen.

Die Kommunisten haben nur bei andauernder Reformunfähigkeit der Christdemokraten eine Chance, ihre Position ohne tiefgreifende Veränderungen in der eigenen Partei auszubauen. Die neuen Mittelschichten, in die Berlinguer eingedungen ist, wird die KPI nur durch eine klare Trennung vom Marxismus-Leninismus und durch eine von einem Parteikongreß zu bestätigende Hinwendung zu Gramsci, dem Gründer der Kommunistischen Partei Italiens mit einem anderen theoretischen Ansatz als Lenin, zu halten vermögen. Erweisen muß sich, ob die KPI als Partei in den kommenden Wochen Berlinguers Aussage zur NATO und seine Distanzierung vom proletarischen Internationalismus bestätigt.

Während die Christdemokraten durch neue und entschiedene Reformpositionen bei den bisherigen Koalitionspartnern, die Sozialisten eingeschlossen, nach neuer Glaubwürdigkeit streben müssen, hat die KPI, hat vor allem Berlinguer zu beweisen, daß die im Wahlkampf angesprochene Neuorientierung nicht Taktik, sondern eine von der ganzen Partei getragene grundsätzliche Position ist. Die politische Szene in Italien bleibt in Bewegung. Simple Holzschnittbilder bei der Betrachtung von außen, werden den italienischen Prozeß kaum beeinflussen. Wer die Demokratie in Italien behaupten will, muß sich auf einen zähen Kampf und auf eine komplizierte Entwicklung einstellen.

(-/22.6.1976/bgy/pr)

+ + +

Eine Frau der aktiven Politik

Zum 75. Geburtstag von Luise Albertz

Von Elfriede Eilers MdB

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft

sozialdemokratischer Frauen in der SPD und Mitglied des Präsidiums der SPD

Eine Frau, die mit beiden Beinen fest auf der Erde und im politischen Leben steht, feiert am 22. Juni ihren 75. Geburtstag: Luise Albertz, Oberhausener langjährige Oberbürgermeisterin.

Luise Albertz ist ein besonders gutes Beispiel dafür, wie eine Frau mit Sachverstand, Energie und Humor im politischen Leben ihren "Mann" stehen kann. Denn politisch war das Leben dieser verdienten Sozialdemokratin sozusagen schon von Kindesbeinen an: In einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen, begann sie ihre berufliche Laufbahn, die schon bald eine politische werden sollte, in der Oberhausener Stadtverwaltung. Und in Oberhausen, ihrer Geburtsstadt, ist Luise Albertz nun schon seit 1956 Oberbürgermeisterin.

Außerdem war die sozialdemokratische Politikerin aber auch von 1947 bis 1950 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und von 1949 bis 1969 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Luise Albertz ist in dieser Zeit als erste Frau die Vorsitzende des Petitionsausschusses gewesen und hat damals dem Petitionswesen des Bundestages die entscheidenden Impulse gegeben. Viele Jahre war sie auch Mitglied des Parteivorstandes der SPD, wo sie sich hauptsächlich kommunalpolitischen Themen gewidmet hat. Auch heute noch gilt ihr Wort und ihr sachverständiger Rat im Seniorenrat der Sozialdemokratischen Partei.

Neben all den politischen Aktivitäten sind Luise Albertz Freundschaften besonders wichtig gewesen. Freundschaften, die sie im Bundestag, innerhalb der Partei, aber auch im ganz privaten Bereich geknüpft hat, sind von ihr stets treu und zuverlässig fortgesetzt und gepflegt worden. Wir wünschen dieser aktiven und lebensstüchtigen Frau herzlich alles Gute. (-/22.6.1976/ve/pr)

Mehr Leistung für den Bürger

Seit 1969 beachtliche Verbesserungen im öffentlichen Dienst

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Bundestag hat seine Arbeit in der 7. Legislaturperiode im wesentlichen abgeschlossen. Wenn man rückblickend eine nüchterne Bilanz für den öffentlichen Dienst zieht, müssen beachtliche Verbesserungen seit 1969 anerkannt werden. Zum Beispiel:

- Das Bundespersonalvertretungsgesetz wurde von 1955 bis 1969 von CDU/CSU-geführten Regierungen kaum verändert. Seit 1974 gilt das neue Bundespersonalvertretungsgesetz, das wesentlich verbesserte Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte brachte; es hat sich als Grundlage für die praktische Arbeit der Personalräte bereits bewährt.

- Bis 1969 hatte der öffentliche Dienst mit der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht Schritt gehalten. Zeugnis dafür hatte die CDU/CSU-geführte Bundesregierung im Februar 1969 selbst abgelegt. Sie mußte vor dem Bundestag einräumen, daß es ihr nicht gelungen war, den Besoldungsrückstand des öffentlichen Dienstes gegenüber der Wirtschaft zu beseitigen. Heute ist im Einkommen ein globaler Besoldungsrückstand des öffentlichen Dienstes nicht mehr festzustellen.

- Noch 1969 bestand im Bundesgebiet ein Besoldungswirrwarr. Für gleiche Ämter gab es häufig sehr ungleiche Bezahlungen. Heute sind mit zwei Besoldungsvereinheitlichungsgesetzen Zahlungsunterschiede für gleiche Ämter in Bund, Ländern und Gemeinden weitgehend abgebaut. Zwar ist der Grundsatz "gleiche Tätigkeit - gleiche Bezahlung" noch nicht verwirklicht, doch sind dafür die Weichen gestellt worden.

- Noch 1969 mußten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes 43 Stunden in der Woche arbeiten. Heute haben wir - abgesehen von der Regelung in Baden-Württemberg - allgemein die 40 Stundenwoche. Außerdem werden seit 1972 Überstunden auch bei Beamten vergütet.

Im einzelnen läßt sich hier die Vielzahl der Maßnahmen für den öffentlichen Dienst nur andeuten - z. B. die Anhebung des 13. Monatsgehaltes von

40 vM plus 25 DM je Kind auf 100 Prozent plus 50 DM je Kind, die zahlreichen Zulagenregelungen und andere Strukturmaßnahmen wie Verbesserungen im Stellenkegel, Schaffung von Funktionsgruppen usw. Wir vertrauen darauf, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes das Haushaltsstrukturgesetz als notwendige Regierungsentscheidung im Rahmen eines Gesamtprogramms zur Konjunkturbelebung würdigen. Nicht zuletzt diesem Programm der Bundesregierung ist es zu verdanken, daß sich unsere Wirtschaft heute langsam von der schwersten weltweiten Rezession seit Kriegsende erholt. Die Einsparungsmaßnahmen müssen auch im Zusammenhang mit der erwähnten Bilanz bisheriger Maßnahmen für den öffentlichen Dienst gesehen werden.

Die heutige Erörterung zum Haushaltsstrukturgesetz hat im Übrigen Parallelen zu der Diskussion, die 1966 beim Haushaltssicherungsgesetz geführt wurde. Auch damals wurden vom öffentlichen Dienst Opfer verlangt. Aus meiner Sicht ist jedoch ein nicht unwesentlicher Unterschied anzumerken: Der CDU-Bundeskanzler Dr. Ludwig Erhard hatte sich damals aus wahltaktischen Gründen offenbar dazu verleiten lassen, noch vor der Bundestagswahl im Juni 1965 dem öffentlichen Dienst besondere Gehaltserhöhungen zum Abbau des Besoldungsrückstandes im öffentlichen Dienst zu versprechen ("Bulletin" vom 2. Juli 1965). Nach der Wahl wurde dieses Versprechen aber umgehend zurückgezogen, und weitere Einsparungsmaßnahmen wurden getroffen. Die sozial-liberale Bundesregierung hat demgegenüber im Interesse des Ganzen die Sparmaßnahmen zum notwendigen Zeitpunkt beschlossen. Denn wir sind überzeugt, daß unsere Demokratie Offenheit der politisch Verantwortlichen verlangt.

Seit 1969 ist die Dienstrechtsreform in Teilschritten, wie mit dem Bundespersonalvertretungsgesetz und der Besoldungsvereinheitlichung vorangekommen. Das Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform baut darauf auf. Denn ohne die Besoldungsvereinheitlichung in Bund, Ländern und Gemeinden wäre z. B. die vorgesehene Einführung der funktionsorientierten Bezahlung für Beamte nicht möglich. Diese funktionsorientierte Bezahlung hat die Weiterentwicklung des Grundsatzes "gleiche Tätigkeit - gleiche Bezahlung" zum Ziel und soll bisherige starre Laufbahngrenzen und Stellenkegel überflüssig

machen. Aus dem Aktionsprogramm ist weiter besonders hervorzuheben, daß eine verbesserte Aus- und Fortbildung der Beschäftigten beabsichtigt ist. Im gehobenen Dienst wird mit den "Fachhochschulgesetzen" ein konkreter Anfang gemacht. Sicher erfüllt das Aktionsprogramm nicht alle Erwartungen, es trägt aber unserem Ziel Rechnung, das Dienstrecht für alle Beschäftigten nach einheitlichen Grundsätzen zu gestalten. Die Konkretisierung der Einzelmaßnahmen muß in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erfolgen.

Verwaltungs- und Dienstrechtreform sollen den öffentlichen Dienst an die gestiegenen und qualitativ veränderten Aufgaben anpassen. Sozialdemokraten wollen dagegen keinen Abbau der Leistungsverwaltung. Denn ohne öffentliche Leistungen ist der Grundwert sozialer Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen.

Demgegenüber wollen die Unions-Parteien den Sozialstaat abbauen. Darauf soll die Bevölkerung psychologisch vorbereitet werden. Mit einer Angstpropaganda versuchen die Unions-Parteien dem Wähler einzureden, daß der Sozialstaat ein "bürokratisches Ungeheuer" sei und seine Anwälte dem Kommunismus die Schleusen öffneten. Mit der "Privatisierung" meinen CDU/CSU dem Wähler eine verschwommene Alternative andeuten zu können. Und um dieses Privatisierungsgerede zusätzlich zu rechtfertigen, wird auf den Wagen gegenwärtiger publizistischer Kritik gleichzeitig pauschal behauptet, daß der öffentliche Dienst schlechter arbeite als die private Wirtschaft. Es ist an der Zeit, daß die Unions-Parteien klar sagen, welche staatlichen Leistungen sie abbauen wollen, welche Bürger betroffen werden und wessen Interessen CDU/CSU dabei vertreten.

Das Thema "Extremisten im öffentlichen Dienst" wird in diese Oppositions-Propaganda zusätzlich eingebaut. Sozialdemokraten werden als kommunistenfreundlich diffamiert, weil sie bei der Einstellung und Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst für rechtsstaatliche und liberale Grundsätze eintreten. Diese Grundsätze hat das Bundeskabinett nochmals am 19. Mai 1976 bestätigt. Bund und SPD-geführte Bundesländer richten sich danach. Für uns ist damit der Ministerpräsidentenbeschuß aus dem Jahre 1972 gegenstandslos geworden. Die Bürger müssen wissen: Die in CDU/CSU-geführten Bundesländern geübte Praxis bringt keinesfalls mehr Schutz vor Verfassungsfeinden, sondern schürt nur eine Abwehrhysterie, durch die die Gedankenfreiheit in unserem Lande gelähmt werden könnte. (-/22.6.1976/ve/pr)

+ + +

Ein Beitrag zur Lebensqualität

Die erfolgreiche Sportförderung wird fortentwickelt

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirates beim Vorstand der SPD

Die bewußt knappen Formulierungen und Zahlen des Abschnitts Sportpolitik im sozialdemokratischen "Regierungsprogramm 1976-80" lassen die Konzeption und den Umfang unserer erfolgreichen Sportförderung für den Sachkundigen deutlich werden. Notwendig ist darüber hinaus, daß alle erfahren, welche großen Leistungen trotz der für die Bundesregierung vorgegebenen engen Zuständigkeit seit 1969 durch Sozialdemokraten erreicht wurden, und wie sie fortzuentwickeln sein werden.

Die Bundesregierung und unsere Bundestagsfraktion gestalteten die Sportförderung auf der Grundlage der SPD-Sportleitätze, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren. Das gilt für Breiten- und Freizeitsport ebenso wie für den Leistungs- und Spitzensport. Dabei wirken wir planvoll und partnerschaftlich mit den Sportorganisationen zusammen. Wir heben uns deutlich ab von häufiger Schwarzmalerei der Opposition und - wenn die Erfolge für jedermann deutlich geworden sind - von gegenteiligen Planspielen der CDU/CSU, wie das besonders wieder vor und nach den Olympischen Winterspielen 1976 in Innsbruck deutlich geworden ist. Es ist vielmehr unsere Erfahrung und bleibt unsere Zielsetzung, daß alle den Sport fördernden Maßnahmen dann sinnvoll sind, wenn sie dazu beitragen, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit unserer Bürger zu erhalten, Lebensfreude und Erlebnisreichtum zu vermitteln, Erziehung und Persönlichkeitsentfaltung zu ergänzen und soziale Grunderfahrungen zu ermöglichen. Dazu gehört auch ein persönliches Engagement des mündigen, sportlichen Bürgers, das die Ergänzung zu den parteipolitisch unabhängigen Sportorganisationen ist.

Wir werden unsere Förderungsmaßnahmen fortentwickeln und schätzen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Sports hoch ein, mit dessen Organisationen wir als Partner zusammenarbeiten. Dabei wollen wir mehr noch als bisher den Sport in der Freizeit und als ein Mittel der besonderen Lebens-

hilfe fördern. Weil der Sport im Arbeitsleben einen wesentlichen Beitrag zur Humanisierung leisten kann, werden wir darum in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften verstärkt bemüht sein. Sozialdemokraten werden nach den Maßstäben von Freiwilligkeit und Chancengleichheit der Sportler die bewährte Förderung fortsetzen. Im Mittelpunkt steht dabei der Turn und Sportverein. Um seine Leistungsfähigkeit sowie die der Sport- und Fachverbände zu verbessern, sind weiter große Anstrengungen notwendig, damit jeder Bürger nach seinem persönlichen Interesse dort die Voraussetzungen für seinen Sport findet.

Die inzwischen allseits anerkannte Sportförderung in der Bundeswehr sollte ähnlich auch für Zivildienstleistende und auf den Bundesgrenzschutz ausgedehnt werden.

Alle diese Bestrebungen sind aber nicht nur auf Bundesebene, sondern im besonderen Maße in den Gemeinden und allen Bundesländern fortzuführen. Unsere Mandatsträger machen dies durch ihre Aktivitäten in der Öffentlichkeit deutlich. Unsere Maßnahmen sollen dazu beitragen, das sportliche Interesse und das Engagement der Bürger zu wecken und zu befriedigen. Es wird das Bestreben bleiben, entsprechend der Aktion "Sport für alle" jedem Bürger solche Sportmöglichkeiten anzubieten, die seinen Wünschen und Erwartungen entsprechen. Mit diesem Ziel sollten künftig auf allen Ebenen Verhandlungen geführt und Entscheidungen getroffen werden. Dafür bieten die Aussagen des Parteitages zur Sportpolitik eine gute Voraussetzung: Die SPD wird auf Bundesebene, in allen Bundesländern und den kommunalen Gebietskörperschaften bemüht bleiben, die Voraussetzungen zum Breitensport für alle Bürger zu schaffen.

Sozialdemokratische Sportpolitik fördert im richtigen Maß alle Bereiche des Sports auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen. Es gilt, die politischen Voraussetzungen zu sichern, damit dies auch künftig erfolgreich fortgesetzt werden kann. (-/22.6.1976/vs/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Hans Koechnick schreibt dem Präsidenten des ZK der Deutschen Katholiken

Der stellv. Vorsitzende der SPD Hans Koechnick hat dem Präsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Dr. Bernhard Vogel, im Zusammenhang mit der Erklärung des Zentralkomitees zur Bundestagswahl 1976 ein Schreiben folgenden Wortlaute übersandt:

"Sehr geehrter Herr Präsident,

die Sozialdemokraten begrüßen es, wenn sich Institutionen, Verbände und Gruppen zu politischen Fragen äußern. Dies gilt auch für Äußerungen aus dem katholischen Raum. Die SPD verdankt solchen Stellungnahmen und dem daraus resultierenden Dialog neben Kritik und mahnenden Hinweisen auch vielfältige Ermutigungen. Dabei ist gerade aus jüngster Zeit der Beschluß der Gemeinsamen Synode der Diözesen der Bundesrepublik 'Kirche und Arbeiterschaft' vom November 1975 hervorzuheben. Nicht zuletzt im Rahmen dieses Dialogs hat sich die Zahl der katholischen Wähler, die sich für die SPD entscheiden, in den letzten Jahren ständig erhöht.

Leider fällt die Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zur Bundestagswahl 1976 aus der Kette ernsthafter gegenseitiger Diskussionsbeiträge heraus, weil sie sich nicht um Objektivität bemüht. Sie stellt einen bedauerlichen Rückfall in den längst überwundenen katholischen Integralismus dar.

Dies zeigt sich bereits in den Abschnitten der Erklärung, in denen die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung kritisiert wird. Es ist nicht wahr, daß der Gesetzgeber den Rechtsschutz für das ungeborene Leben in unverantwortlicher Weise eingeschränkt hat. Vielmehr hat der Gesetzgeber eine scheinbar rigorose, in Wirklichkeit aber völlig unwirksame Regelung durch eine effektive, menschlichere Regelung ersetzt. Als Folge dieser Regelung, die Rat und Hilfe in den Vordergrund rückt, wird die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sinken, nicht steigen.

Ebensowenig trifft es zu, daß die Eherechtsreform die Institution der Ehe dem subjektiven Belieben preisgegeben hat. In Wahrheit hat die Eherechts-

reform die Institution der Ehe gestärkt, und zwar sowohl durch den jetzt realisierten Gedanken der Partnerschaft der Eheleute, als auch durch die Verwirklichung der Gleichberechtigung und durch die Einführung des Versorgungsausgleichs, der erstmals die Arbeit der Frau in Familie und Haushalt einer beruflichen Tätigkeit gleichstellt. Auch der Übergang zum Zerrüttungsprinzip festigt die Institution der Ehe, denn die Ehe leidet auch als Institution, wenn Ehen auf dem Papier von Staats wegen zum Schein aufrechterhalten werden, obwohl sie unheilbar gescheitert sind und als Lebensgemeinschaft seit Jahren nicht mehr bestehen.

Überdies verschweigt die Erklärung, daß sich ihre Kritik nicht nur gegen die Koalitionsparteien, sondern ebenso gegen die Opposition richtet. Denn die Opposition hat der Eherechtsreform mit breiter Mehrheit zugestimmt und zur Reform des § 218 zuletzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich von der Gesetz gewordenen Vorlage der Koalition im materiellen Teil überhaupt nicht und im Verfahrensteil nur geringfügig unterscheidet.

Noch krasser tritt die Einseitigkeit der Erklärung dadurch zutage, daß sie wesentliche politische Fragen einfach übergeht. So enthält sie kein Wort

- zur Friedenspolitik der Bundesregierung,
- zum Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheit,
- zur Bewältigung der wirtschaftlichen Rezession und
- zur schrittweisen Reform unserer Gesellschaftsordnung.

Die Erklärung schweigt zu so wertbezogenen Gesetzeswerken wie dem Ausbau des Schutzes der Behinderten, der erweiterten Mitbestimmung, der Novelle zum Bundesbaugesetz, der Strafvollzugsreform, der Entschädigung, für Opfer von Gewalttaten, der Adoptionsreform und des sozialen Mietrechts.

Die Erklärung vermeidet auch jede Stellungnahme zu den Gefahren, die sich für unsere Gemeinschaft aus den Mißbräuchen bei der Anwendung der Bestimmungen über die Fernhaltung von Extremisten vom Öffentlichen Dienst ergeben. Ebenso bleibt die Frage, warum sich die Erklärung nicht zur Bedrohung des Grundkonsenses aller Demokraten durch Parteiparolen wie 'Freiheit oder Sozialismus' äußert.

Selbstverständlich enthält die Erklärung auch Feststellungen und Forderungen, denen wir zustimmen können. Insgesamt lassen jedoch die erwähnten Mängel und Einseitigkeiten befürchten, daß die Schrift vornehmlich von dem Bestreben getragen wird, einer bestimmten politischen Partei Vorteile zu verschaffen. Das Zentralkomitee hat damit eine Chance vertan und so seinen Wirkungskreis eingeengt. Wir sind überzeugt, daß eine wachsende Anzahl deutscher Katholiken ihre Wahlentscheidung nach eigenem kritischen und nüchternen Urteil fällt." (~/22.6.1976/ve/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Elsus Preller